



Axel Kassegger

WIRKSAME ÖSTERREICHISCHE WIRTSCHAFTS- UND STANDORTPOLITIK

Corona ist nicht an allem schuld

stv

Axel Kassegger

**WIRKSAME
ÖSTERREICHISCHE
WIRTSCHAFTS- UND
STANDORTPOLITIK**

CORONA IST NICHT AN ALLEM SCHULD



Leopold Stocker Verlag
Graz - Stuttgart

Umschlaggestaltung: Werbeagentur Rypka GmbH, 8143 Dobl/Graz,
www.rypka.at
Umschlagabb. Vorderseite: istockphotos.com/Orietta Gaspari,
istockphotos.com/TomasSereda

Wir haben uns bemüht, bei den hier verwendeten Bildern die Rechteinhaber ausfindig zu machen. Falls es dessen ungeachtet Bildrechte geben sollte, die wir nicht recherchieren konnten, bitten wir um Nachricht an den Verlag. Berechtigte Ansprüche werden im Rahmen der üblichen Vereinbarungen abgegolten.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <https://www.dnb.de> abrufbar.

Hinweis

Dieses Buch wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt. Die zum Schutz vor Verschmutzung verwendete Einschweißfolie ist aus Polyethylen chlor- und schwefelfrei hergestellt. Diese umweltfreundliche Folie verhält sich grundwasserneutral, ist voll recyclingfähig und verbrennt in Müllverbrennungsanlagen völlig ungiftig.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne kostenlos unser Verlagsverzeichnis zu:

Leopold Stocker Verlag GmbH
Hofgasse 5 / Postfach 438
A-8011 Graz
Tel.: +43 (0)316/82 16 36
Fax: +43 (0)316/83 56 12
E-Mail: stocker-verlag@stocker-verlag.com
www.stocker-verlag.com

ISBN 978-3-7020-1918-1
eISBN 978-3-7020-2024-8

Alle Rechte der Verbreitung, auch durch Film, Funk und Fernsehen, fotomechanische Wiedergabe, Tonträger jeder Art, auszugsweisen Nachdruck oder Einspeicherung und Rückgewinnung in Datenverarbeitungsanlagen aller Art, sind vorbehalten. © Copyright by Leopold Stocker Verlag, Graz 2021

Layout: Werbeagentur Rypka GmbH, 8143 Dobl/Graz, www.rypka.at

INHALT

EINLEITUNG

CORONA IST AN ALLEM SCHULD - EIN IRRGLAUBE

Corona als Ausrede für strukturelles Versagen

Die großen Herausforderungen vor Corona wie nach Corona

Herausforderungen auf drei Ebenen

Globale Herausforderungen

Herausforderungen auf europäischer Ebene - die EU

Hausgemachte österreichische Herausforderungen

Der Zustand Österreichs als Wirtschaftsstandort vor Corona

Zwei Jahrzehnte mangelhafte Standortpolitik bis 2019

16 besorgniserregende Problemfelder

DIE CORONA-KRISE 2020/21

Anamnese der Verbreitung und der Maßnahmen in Österreich

Politik der türkis-grünen Bundesregierung in der Krise

Grottschlechtes Krisenmanagement

Die „12-Sünden-Tafel“ der türkis-grünen Bundesregierung

Falsche Beurteilung des Problems - Außerachtlassung der Verhältnismäßigkeit

Politik der Angst und der Schuldzuweisungen

Politik für die Eigenen und die Freunde

Entscheidungen auf Basis untauglicher Kennzahlen

Planlose Gießkannen-Politik und vollkommen chaotische Umsetzung

Beschädigung des Rechtsstaates - Ermächtigungsgesetze und gesetzeswidrige Verordnungen

Propaganda und Kauf der Medien

Verächtlichmachung anderer Meinungen

Angriff auf das Versammlungsrecht, Vereine und Privatleben

Angriff auf die Physis und Psyche der Menschen

Nachhaltige Schädigung unserer Kinder

Nachhaltige Schädigung der Wirtschaft

Die ökonomische Situation zu Ostern 2021

Österreich wirtschaftlich schwer angeschlagen

Andere Länder stehen deutlich besser da

Der große Gewinner China

Die gesellschaftliche Situation zu Ostern 2021

Eigenverantwortung oder Unmündigkeit

Die Freiheit der Gesellschaft schwer angeschlagen

SELBSTVERSTÄNDNIS WIRKSAMER

WIRTSCHAFTS- UND STANDORTPOLITIK

Dimensionen und Fragen

Wirtschaftspolitik und Freiheit

Das ausgewogene Viereck wirksamer Wirtschaftspolitik

Staat und Wirtschaft

EIN STARKER, ABER SCHLANKER RECHTSSTAAT

Eigeninitiative statt Regulierung

Möglichkeiten statt Umverteilung

Keine Privatisierung wichtiger Standortinfrastruktur

Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze und Wohlstand

Grundsätze in der Umsetzung

Ökonomisches Prinzip

Komplexitätsreduktion

Einhaltung des Kongruenzprinzips

Wirtschaftspolitik in der Krise

DIE 16 HANDLUNGSFELDER ZUR NACHHALTIGEN GESUNDUNG

Mäßige Position bei internationaler Wettbewerbsfähigkeit

Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos

Die 16 Handlungsfelder und Ziele im Überblick

1. Leistungsgerechtigkeit - Leistung muss sich wieder lohnen

Arbeitslosengeld - Notstandshilfe - Mindestsicherung
Leistungsanreize für Mitarbeiter in Unternehmen schaffen
Leistungsanreize für alle durch Steuersenkungen
Verringerung struktureller Wettbewerbsnachteile für
 kleinstrukturierte Unternehmen
Steuerliches Familienentlastungsmodell

2. Starker, verlässlicher, schlanker und sparsamer Staat

Rolle des Staates und makroökonomische Ziele
Sofortige Öffnung und mittelfristige Nachhaltigkeitsziele
Ausgabenseitige Strukturreformen als Gebot der Stunde

3. Entlastung des Faktors Arbeit

Zu hohe Kosten des Faktors Arbeit
Möglichkeiten der Senkung von Lohnnebenkosten

4. Bildung, Wissenschaft, Innovation und Forschung stärken

Investitionen in Bildung sind Investitionen in Arbeitsplätze
Sanierung und Optimierung des österreichischen
 Bildungssystems
Notwendigkeiten für Wissenschaft und Forschung
Potential nach oben im Innovationsbereich
Wirksame Forschungs- und Innovationspolitik
Wirksame Technologie- und Digitalisierungspolitik

5. Rechtssicherheit schaffen - Gesetze wieder lesbar machen

Vertrauensverlust und Komplexitätsauswüchse

Vertrauen schaffen - Komplexität reduzieren

Schwere Schädigung des Rechtsstaates 2020 und 2021

6. Föderalismus richtig gemacht - nahe am Bürger

Demokratie - Selbstbestimmung - Verantwortung

Gemeinden und Länder stärken

7. Das Förderungswesen minimieren und optimieren

Österreich, das Land der überbordenden Förderungen

Voraussetzungen für ein wirksames Förderungsregime

Grundproblem - keine funktionierende

Transparenzdatenbank

Grundproblem - System der Töpfe

Grundproblem - privates Förderungswesen nicht entwickelt

Ziel - Reduktion der Förderungen auf EU-Schnitt

8. Neukodifizierung der Gewerbeordnung

Bestehende Gewerbeordnung ist strukturelle Bremse

Wirtschaftskammer als Bremser der Liberalisierung

Komplette Neukodifizierung der Gewerbeordnung als

Gebot der Stunde

9. Radikale Reform des Kammerwesens

Trennung Arbeitgeber - Arbeitnehmer überwinden

Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft

Reduktion der Zwangsbeiträge

Dringende Reformen in der Arbeiterkammer

Dringende Reformen in der Wirtschaftskammer

10. Klares Bekenntnis zum Industriestandort Österreich und Europa

Österreichs mittelständische Produktionsunternehmen

Industriepolitische Maßnahmen und Ziele

11. Unverzüglich Unternehmen entlasten und Wachstumsimpulse setzen

Sofortige Steuer- und Abgabentlastungen

Finanzierung erleichtern und stärken

Wachstumsimpulse setzen

Besondere Entlastung und Förderung von KMU und EPU

Österreichs Tourismuswirtschaft und Gastronomie
wiederbeleben

Abbau der überbordenden Bürokratie

12. Wirksame Arbeitsmarktpolitik beginnen

Explodierende Arbeitslosenzahlen durch Dauerlockdowns

Vollbeschäftigung für österreichische Staatsbürger

Miteinander statt Vorschreiben und Abstrafen

Ausgewogene Arbeitsmarktgesetze und
Arbeitnehmerschutz

Betriebliche Lehrlingsausbildung unterstützen und
ausbauen

13. Energie- und Klimapolitik im Interesse der Umwelt und des Standorts

Energie- und Klimapolitik in der Kompetenz der EU

Österreichische Energie- und Klimapolitik

Energie- und Klimapolitik im Interesse des Standorts

14. Migrations- und Asylpolitik im Interesse der Menschen Österreichs

Ökonomische Betrachtung

Gesellschaftspolitische Betrachtung

15. Rückkehr zu einem finanzierbaren Sozialstaat

Den Sozialstaat für unsere Kinder sichern

Besorgniserregende Zahlen, Daten, Fakten

Baustellen im Sozialsystem

Nachhaltige Sicherung unseres Pensionssystems

16. Fehlentwicklung Europäische Union korrigieren

Gebrochene EU-Versprechen

EU - das Projekt Euro

EU - die riskante Schuldenpolitik der EZB

EU-Migrationspolitik

EU-Politik im Windschatten der Corona-Krise

EU-Erweiterungspläne

EU - Zentralstaat oder Europäische
Wirtschaftsgemeinschaft

ÖSTERREICH IN DER WELT DER GLOBALISIERUNG

Grenzen nationaler Wirtschafts- und Standortpolitik

Soziale Marktwirtschaft und Wachstum oder Gegenmodelle

**Globalisierung und Freihandel richtig gemacht
Chancen und Gefahren in der Zukunft**

ÜBER DEN AUTOR

EINLEITUNG

Dieses **Buch** war in seinen **wesentlichen Grundzügen** bereits **im Herbst 2019 fertiggestellt** und sollte auf die Fehlentwicklungen der österreichischen Wirtschafts- und Standortpolitik in den zwei Jahrzehnten zuvor eingehen und Lösungsvorschläge zur Verbesserung darlegen. Doch **dann kam Anfang 2020** ein Virus namens SARS-CoV-2 aus China zu uns nach Europa und verbreitete sich über die ganze Welt. Die dadurch ausgelöste Krankheit erhielt den Namen „COVID-19“ bzw. umgangssprachlich **„Corona“**, und nichts blieb mehr so, wie es einmal war. Es war daher angezeigt, auf dieses „Corona-Virus“ einzugehen, weniger auf das Virus selbst als vielmehr auf den Umgang der türkis-grünen österreichischen Bundesregierung und so ziemlich aller Regierungen auf der ganzen Welt mit dieser neuen Situation.

Das Buch geht daher ausführlich auf die **Ereignisse seit dem März 2020** ein, insbesondere die Reaktionen ebendieser türkis-grünen österreichischen Bundesregierung auf das „Corona-Virus“. Sehr rasch war dabei klar, dass die Analyse der Vorgehensweise der Bundesregierung weit über eine rein wirtschaftspolitische Betrachtung hinausgehen musste, wollte sie nicht stückhaft und unvollständig bleiben.

Dabei wird das **Argument** der politischen Verantwortlichen, dass ausschließlich die „Corona-Krise“ an der schlechten wirtschaftlichen Situation, der schlechten Verfassung der Republik als Wirtschaftsstandort schuld sei, **entkräftet**. Der Wirtschaftsstandort Österreich war durch jahrzehntelange mangelhafte Standortpolitik bereits vor der „Corona-Krise“ in einem besorgniserregenden Zustand. In **Kapitel 1** wird dieser anhand von 16 Problemfeldern umrissen. Corona wurde nicht als Chance genutzt, keines der Probleme wurde angegangen, alle **16 Problemfelder** bestehen nach wie vor und sind durch die Politik in der Krise teilweise massiv verschlimmert worden.

In einem ausführlichen **Kapitel 2** wird die **Politik der türkis-grünen Bundesregierung** im Zeitraum vom März 2020 bis zum Redaktionsschluss dieses Buches Ende März 2021 untersucht und deren **grottenschlechtes Krisenmanagement** anhand einer „12-Sünden-Tafel“ im Detail kommentiert. Eine „Koste es, was es wolle“-Politik ohne wirkliche Zielvorgaben, ohne Controlling der Effekte und Wirksamkeit von schuldenfinanzierten Milliarden-Unterstützungsmaßnahmen, mit schwerwiegenden, unverhältnismäßigen Eingriffen in Grund- und Freiheitsrechte ist keine Strategie. Ende März 2021 war unsere Republik sowohl ökonomisch als auch gesellschaftlich schwer angeschlagen.

Unter Berücksichtigung der dramatischen Schwächungen des Standortes und der Gesellschaft durch die Regierungsmaßnahmen in den Jahren 2020 und 2021 sind diese **16** vordringlichsten **Problemfelder** als **unverzüglich umzusetzende Handlungsfelder** zur raschen wirtschaftlichen Gesundung aus der Krise in **Kapitel 4** definiert, dazu werden konkrete Maßnahmen empfohlen.

Davor wird in **Kapitel 3** das „kulturelle“ **Selbstverständnis**, das Fundament **wirksamer Wirtschafts- und Standortpolitik** betrachtet, die Rolle des Staates reflektiert und die Bedeutung von Eigeninitiative, Selbstbestimmtheit, Leistungsorientierung und Wirtschaftswachstum für die Schaffung von Arbeitsplätzen betont und klargestellt, dass prioritärer Adressat und Begünstigter aller Maßnahmen die Solidargemeinschaft österreichischer Staatsbürger sein muss.

Ein abschließendes **Kapitel 5** beschäftigt sich mit der **Rolle Österreichs** in einer Welt fortschreitender **Globalisierung**, nimmt Stellung zum Modell der „sozialen Marktwirtschaft“ und zum Freihandel und skizziert Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungen für die Menschen in Österreich.

Ende **März 2021** schweben **gefährliche Geier** über dem **Standort Österreich**, der Geier der Verarmung vieler durch **Insolvenzwellen**, der Geier der Vernichtung von Vermögen durch einen Verfall der **Währung Euro**, der Geier der Wegnahme von Eigentum durch **Umverteilungsregime**, der Geier der Rechnungslegung für die unverantwortliche Schuldenpolitik der letzten Jahre bei einem **Anstieg des Zinsniveaus**, der Geier der Zerstörung unseres hochentwickelten Gesundheits- und Sozialsystems durch „**notwendige Sparpakete**“, der Geier der weiteren Beschädigung unseres Bildungs- und Wissenschaftssystems durch „notwendige Sparpakete“.

Dennoch gilt es nicht depressiv zu werden, sondern Wege aus der Krise zu finden, Wege einer möglichst raschen Gesundung zu gehen. Die **Lage ist sehr ernst, aber nicht hoffnungslos**. Es muss im rein wirtschafts- und standortpolitischen Bereich die Krise endlich als Chance gesehen werden und die **16 Problemfelder**, die

bereits vor der Corona-Krise da waren, als Handlungsfelder unverzüglich, **ohne Verzögerung „abgearbeitet“ werden.** Und noch viel dringender muss im allgemein gesellschaftspolitischen Bereich ein selbstbewusster Umgang mit dem Virus gefunden werden, der es ermöglicht, den **Menschen** ihre über die Jahrhunderte erkämpften **Grund- und Freiheitsrechte wieder zurückzugeben**, und zwar nicht in Gestalt „neuer Normalitäten“, sondern so, wie sie vor dem Frühjahr 2020 bestanden haben und gelebt wurden.

Es sei explizit darauf hingewiesen, dass die Inhalte dieses Buches meine Meinung als Bürger, Unternehmer und Politiker widerspiegeln und nicht die „Parteilinie“ der Freiheitlichen Partei Österreichs, wiewohl ich annehme, dass beim weitaus überwiegenden Teil des Buches inhaltliche Deckungsgleichheit herrscht.

Graz, im März 2021

CORONA IST AN ALLEM SCHULD - EIN IRRGLAUBE

CORONA ALS AUSREDE FÜR STRUKTURELLES VERSAGEN

Dieses erste Kapitel beschäftigt sich ausschließlich mit den **nicht gemachten Hausaufgaben** der Wirtschafts- und Standortpolitik in Österreich und dem daraus resultierenden schlechten Zustand des Landes sowie der maßgeblichen grundsätzlichen strukturellen Fehlentwicklungen, die zu ebendiesem Status geführt haben.

Dabei ist selbstverständlich zu berücksichtigen, dass die Republik Österreich mit ihren Bürgern und ihrer Wirtschaft kein eigener Planet im Weltenraum ist, sondern sich in einem **europäischen und globalen Umfeld** befindet und sich die Grenzen zu diesem in den letzten Jahrzehnten immer mehr aufgelöst haben. Dies äußert sich zum einen in einer intensiveren internationalen wirtschaftlichen Verschränkung unter dem Regime globaler Handelsregelungen und zum anderen in einer stärker werdenden Gestaltungsmacht supranationaler Gremien und Organisationen.

Dennoch liegt nach wie vor ein **beträchtlicher Anteil dieser Gestaltungsmacht** bei den **nationalstaatlichen Regierungen** als Exekutivorgane mit demokratischem Mandat ihrer Staatsbürger.

In diesem ersten Kapitel wird der **Corona-Schock des März 2020 zunächst bewusst ausgeblendet** und werden die strukturellen Fehler österreichischer Wirtschafts- und Standortpolitik sowie deren daraus resultierende negative Ergebnisse und Zustände im Vergleich zu anderen Ländern untersucht. Dies mit dem methodischen Ziel, die **Ausrede**, dass der **Corona-Schock an allem schuld sei**, als solche evident zu machen.

Der Corona-Schock 2020 hat die **Situation natürlich dramatisch verschärft**, aber wir haben auch bereits vorher unsere Hausaufgaben nicht gemacht. Es darf keinesfalls der Fehler gemacht werden, für den desaströsen Zustand zu Ostern 2021 ausschließlich Corona verantwortlich zu machen.

Der **katastrophale Zustand**, in dem sich unser **Land zu Ostern 2021** in vielen Bereichen befindet, ist eine **giftige Mischung aus**:

- Den vielfältigen **strukturellen Schwächen** und Fehlentwicklungen, die bereits vor der Corona-Krise bestanden haben.
- Dem **dilettantischen**, auf Angstmacherei beruhenden **Vorgehen der Bundesregierung**, welches unserer gesamten Gesellschaft und daraus resultierend auch unserer Wirtschaft nachhaltigen, langfristig wirkenden Schaden zufügt.
- Dem **Unvermögen der türkis-grünen Bundesregierung**, die **Corona-Krise als Chance** für nachhaltige strukturelle Reformen zu sehen.

Auf das mangelhafte Management der Corona-Krise durch die türkis-grüne österreichische Bundesregierung wird im nachfolgenden **Kapitel 2** ausführlich eingegangen werden.

Wirksame Wirtschafts- und Standortpolitik hat aber immer stattzufinden, in der Krise herrschen nur besonders erschwerte Bedingungen. Mehr noch, wirksame Wirtschafts- und Standortpolitik erhöht selbstverständlich die Resilienz des Systems, erhöht die Robustheit in Krisenzeiten.

In diesem ersten Kapitel wird die **Wirtschafts- und Standortpolitik** der Bundesregierungen **vor dem Corona-Schock 2020 analysiert**. Dies ist nur unter Berücksichtigung der globalen und europäischen Herausforderungen, die neben den nationalen Herausforderungen das Umfeld bestimmen, möglich und sinnvoll.

Die Gestaltungsmöglichkeiten von nationalstaatlichen Regierungen hinsichtlich der großen Herausforderungen auf **globaler und europäischer Ebene** sind natürlich eingeschränkt. Hinsichtlich der Methodik für die Lösung dieser Herausforderungen stehen **zwei** grundsätzlich unterschiedliche Vorgehensweisen bzw. **Modelle** zur Verfügung:

Einerseits die Methode der Lösung der Herausforderungen durch **institutionalisierte supranationale Organisationen**. Dies bedingt jedoch die Abgabe der dafür erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen durch die Nationalstaaten an diese Organisationen. Ein Modell, für das in letzter Zeit zunehmend der Begriff des „**Multilateralismus**“ verwendet wird.

Andererseits die **Methode** der Lösung der Herausforderungen durch **bilaterale**, trilaterale und auch multilaterale **Zusammenarbeit**, jedoch in Form **problem-**

und anlassbezogener Kooperation zwischen weiterhin hinsichtlich der Ressourcen und Kompetenzen weitestgehend **souveränen und eigenbestimmten Nationalstaaten**.

Die Republik Österreich stand bereits 2019 vor großen Herausforderungen. Diese sind mit der „Corona-Krise“ nicht verschwunden, sie bestehen weiter. Mehr noch, durch die Corona-Krise ist das Erfordernis, sich diesen Herausforderungen zu stellen und die sich daraus ergebenden Aufgaben zu lösen, noch deutlich größer geworden.

Nachfolgend gehe ich kurz auf die **globalen und europäischen Herausforderungen** ein, um mich danach ausführlich den **österreichischen Herausforderungen** und dem strukturellen Versagen österreichischer Bundesregierungen im Bereich der Wirtschafts- und Standortpolitik in den Jahren vor Corona zu widmen.

Dieses Versagen führte im Ergebnis dazu, dass **Österreich** im internationalen Vergleich bereits vor Corona, also **Ende des Jahres 2019**, in vielen wesentlichen Bereichen den **Anschluss** an Spitzenländer längst **verloren hatte**.

DIE GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN VOR CORONA WIE NACH CORONA

Herausforderungen auf drei Ebenen

Ausgehend von der Selbstverständlichkeit, dass der **Mensch im Mittelpunkt aller Politik** stehen muss, ist es **Aufgabe** wirksamer Wirtschafts- und Standortpolitik, ihren Beitrag insoweit zu leisten, als dadurch die **materiellen Grundlagen geschaffen** werden müssen, die es den in unserer Solidargemeinschaft „Republik Österreich“ lebenden Menschen ermöglicht, ein Leben

- in sozialem Frieden und sozialer Sicherheit
- in Wohlstand
- in Freiheit und weitestmöglicher Selbstbestimmung
- in einer funktionierenden Demokratie mit einer funktionierenden Gewaltentrennung zwischen Legislative, Judikative und Exekutive
- in einer sauberen und gesunden Umwelt

zu führen.

Damit wird erst das nachhaltige Funktionieren einer **Solidargemeinschaft** mit Rechten und Pflichten ermöglicht.

Österreichische, **nationalstaatliche Wirtschafts- und Standortpolitik** sieht sich dabei mit großen **Herausforderungen** konfrontiert, die sich **vielschichtig** auf **mindestens drei Ebenen** ergeben.

Hier sind **zum Ersten** die **großen globalen Herausforderungen** unserer Zeit zu nennen, die es durch internationale, aber vor allem auch nationalstaatliche

Politik zu bewältigen gilt. Neben der derzeit alles überlagernden Herausforderung durch **COVID-19** sind dies unsere **Umwelt** betreffende Fragen, der **Klimawandel**, der Umgang mit unseren **Ressourcen**. Das ist weiters die zunehmende **Globalisierung aller Märkte**, welche heute von Gütern und Kapital bis zu Dienstleistungen und Arbeit reicht. Das ist aber auch das weltweite **Altern der Bevölkerung**, und das sind vor allem die **stark steigenden** weltweiten **Migrationsbewegungen**. Der gegenwärtige internationale politische Rahmen erleichtert deren Bewältigung nicht und zeigt vielfach Signale einer völligen Überforderung.

Die Meisterung dieser Herausforderungen wird **zum Zweiten** erschwert durch eine **Europäische Union**, die in einem **besorgniserregenden Zustand** ist. Dies ist das Ergebnis einer viel zu überhasteten Integration und des Glaubens, durch Vorgabe von Integrationsschritten ökonomische Reformen in den neuen Mitgliedstaaten bewirken zu können. Wie der **Euro** gezeigt hat, ist das Gegenteil der Fall und die ausgelösten finanziellen, ökonomischen und politischen Spannungen dieses Versuches sind mitverantwortlich für wachsende Desintegrationserscheinungen.

Zum Dritten sind wir mit der Tatsache konfrontiert, dass durch **verfehlte nationale Wirtschaftspolitik** der letzten 15 Jahre Österreich, das zu Beginn dieses Jahrtausends noch als das „bessere Deutschland“ gefeiert wurde, bestenfalls zum **Mittelmaß** abgesunken ist. Trotz Rekordsteuern und Abgaben können die hohen Staatsausgaben nicht finanziert werden, was zu Rekordhöhen bei den Staatsschulden führt. Dies ist das Ergebnis eines totalen **Reformstaus** und des **fehlenden Muts** zu echten strukturellen Verbesserungen auf allen Ebenen. Der unkontrollierte Zuzug von

Wirtschaftsmigranten und deren rasche Integration, allerdings überproportional leider nur in das Sozialsystem, hat die Lage weiter verschlechtert.

Wirksame Wirtschafts- und Standortpolitik stellt sich diesen vielschichtigen Herausforderungen. Wirksame Wirtschafts- und Standortpolitik will Österreich im globalen und europäischen Umfeld **besser positionieren und** wieder zu einem **Vorbild** für andere Länder machen.

Nachfolgend werden im Sinne einer **IST-Analyse** die wirtschaftspolitischen **Herausforderungen** auf der globalen Ebene, auf der supranationalen europäischen Ebene und der „hausgemachten“ österreichischen Ebene **eingehend dargestellt**. Ein besonderes **Augenmerk** wird dabei auf die Darstellung des **Abstiegs Österreichs** in den letzten 15 Jahren gelegt. Diese Analyse zeigt, dass sich unser Land bereits vor dem Corona-Schock im März 2020 in einem **Zustand** befand, der als absolut **unzufriedenstellend** bis **besorgniserregend** zu bezeichnen ist.

Globale Herausforderungen

Hier sind die **großen globalen Herausforderungen** unserer Zeit zu nennen, die es durch internationale, aber auch nationale Wirtschaftspolitik zu bewältigen gilt.

- Das sind alle unsere **Umwelt** betreffende Fragen, der **Klimawandel**, der Umgang mit unseren **Ressourcen**.
- Das ist das sehr starke **Bevölkerungswachstum** in bestimmten Regionen der Welt.
- Das ist die zunehmende **Globalisierung aller Märkte**.
- Das ist das weltweite **Altern der Bevölkerung**.
- Das sind die **stark steigenden** weltweiten **Migrationsbewegungen**, für uns von Interesse

vornehmlich jene aus sehr armen, kulturfremden Ländern nach Europa.

- Das sind die enorm gewachsenen Möglichkeiten der **Datenerhebung, Datenerfassung, Datenspeicherung und Datenverknüpfung**, die rasanten Weiterentwicklungen im Bereich der **Artificial Intelligence (AI)**, welche große Chancen bieten, jedoch in „**falschen Händen**“ gewaltige **Werkzeuge** zur Kontrolle, Freiheitsbeschränkung und Unterdrückung jedes Individuums sein können.
- Das ist der Riese **China**, der nach Jahrhunderten der Isolation seit rund 30 Jahren zu einem weltweit agierenden wirtschaftlichen und zunehmend auch militärischen Faktor wird.
- Das sind die **USA** als nach wie vor einziges weltweites Imperium.
- Das ist **Russland** als rohstoffreichstes, flächengrößtes und militärisch hochgerüstetes Land.
- Das ist die „**Vernetzung**“ der Welt durch eine sehr starke Zunahme von globalen Rohstoff-, Waren-, Dienstleistungs- und Menschenströmen.
- Das ist die „**Verkleinerung**“ der Welt und die dramatische **Erhöhung von Geschwindigkeiten** durch die Möglichkeiten der Kommunikation und Digitalisierung.
- Das ist die „**Zentralisierung**“ der Welt durch die Schaffung einer **weltweiten** virtuellen Vernetzung des **Banken- und Finanzsektors**.
- Das ist die fortschreitende „**Konzentration**“ der weltweiten Eigentümerstrukturen auf immer weniger und immer größere Strukturen und die damit einhergehende Zurückdrängung kleiner und mittelständischer Strukturen.

- Das ist der stetige **Bedeutungsverlust** der **Realwirtschaft** im Vergleich zur virtuellen Banken- und Finanzwirtschaft.
- Das ist die durch die **fünf letztgenannten** Entwicklungen bedingte **dramatisch höhere Störanfälligkeit** der gesamten Welt gegenüber weltweiten Krisen.

All diese globalen Faktoren und Herausforderungen sind für das kleine europäische Land Österreich als Wirtschaftsstandort von erheblicher Relevanz.

Welche Institutionen und Organisationen sollen diese globalen Herausforderungen lösen? Das vielfach von Befürwortern der Machtvergrößerung supranationaler Organisationen (wie etwa UNO, WHO, Weltbank, IWF, Europäische Union, EZB etc.) unter dem Schlagwort „**Stärkung des Multilateralismus**“ vorgebrachte Argument, globale Herausforderungen könnten nur von globalen Organisationen bewältigt werden, ist meines Erachtens **nicht richtig**.

Die **Forderung** nach „Stärkung des Multilateralismus“ **bedingt** natürlich automatisch die Forderung nach Übernahme von mehr Aufgabenbereichen durch supranationale Organisationen, die Forderung nach **mehr Kompetenzen und Macht** und die dafür notwendige Ausstattung mit mehr Ressourcen und Geldmitteln, am besten durch Einhebung eigener Steuern und Abgaben.

Das hieße selbstverständlich **automatisch** eine entsprechende **Verringerung der Macht**, der Aufgabenbereiche, der Ressourcen und Geldmittel **bei den Nationalstaaten**, deren Regierungen und deren Bevölkerung. Das hieße selbstverständlich auch eine noch weitere Entfernung der meist wenigen, demokratisch oft

nicht legitimierten Entscheidungsträger von den Menschen. Die **Demokratie** bewegt sich **immer weiter vom Bürger weg**.

Das ist bereits aus **demokratiepolitischen Gründen** abzulehnen. Es bedarf einer differenzierten Betrachtungsweise und differenzierter Lösungsansätze, wobei grundsätzlich dem verantwortungsvollen, kooperativen **Zusammenwirken selbstbestimmter Staaten** der Vorzug gegenüber dem Machtausbau supranationaler Organisationen zu geben ist.

Die **Corona-Krise 2020** hat in vielerlei Hinsicht gezeigt, dass **supranationale und multilaterale Organisationen** de facto **noch weniger** als nationalstaatliche Regierungen in der Lage sind, eine **Politik** zu machen, die **nahe** an den Bedürfnissen der **Menschen** ist und deren Probleme, Ängste und Sorgen nicht nur ernst nimmt, sondern auch abbaut. Das klingt nicht nur logisch, es ist es auch – New York und Brüssel sind weiter weg von St. Anna am Aigen als Graz und Wien.

Es stellt sich insbesondere die Frage, ob die **Europäische Union** in ihrer derzeitigen Form **überhaupt in der Lage** ist, im globalen Wettbewerb die Interessen des Kontinents Europa und seiner Staaten bestmöglich zu vertreten.

Herausforderungen auf europäischer Ebene - die EU

Meines Erachtens ist die **Europäische Union des Jahres 2021 nicht** einmal im Ansatz in der Lage, die **drei größten europäischen Probleme und Herausforderungen** zu lösen:

- die überbordende **Migration** nach Europa aus kulturfremden Regionen mit einer drohenden, vielfach

bereits stattfindenden Verdrängung der „christlichabendländischen“ Kultur

- die Sicherstellung ausreichender **Arbeitsplätze** am europäischen Arbeitsmarkt und damit die Erhaltung eines gewissen **Wohlstandes** in Europa
- den Ausbau bzw. die Erhaltung europäischer **Wettbewerbsfähigkeit** und die Vertretung **europäischer Interessen** im globalen Umfeld.

Die **EU verliert sich** stattdessen in der Überregulierung von Details, dem Versagen im Umgang mit dem Corona-Virus, der massiven **Ausweitung** und Vergemeinschaftung enormer **Schulden** und der Beschäftigung mit wenig nutzenschaffenden **Pseudothemenbereichen**.

Die **Briten** waren jedenfalls nicht der Meinung, dass die Europäische Union in der Lage ist, diese großen europäischen Probleme zu lösen bzw. diese Herausforderungen zu meistern, und sind **2020 aus der EU ausgetreten**. Diese Entscheidung legt genau genommen das **völlige Scheitern der EU** in der derzeitigen Form offen. Wer nun glaubt, dass die Verantwortlichen in den **Regierungen** der Länder Europas und die Verantwortlichen im **EU-Apparat** diese eindeutige Warnung erkennen und eine **Kurskorrektur** einleiten würden, der irrt. Nichts davon findet statt, der **Irrweg** wird mit gleicher Intensität **weiterverfolgt**. Dem Thema EU ist in diesem Buch unten ein eigenes Kapitel gewidmet.

Hausgemachte österreichische Herausforderungen

Zu **Beginn dieses Jahrtausends** wurde Österreich hinsichtlich der **Attraktivität des Standortes** und in

Bezug auf seine allgemeine **Wirtschaftspolitik**, und dies durchaus zu Recht, von vielen **Experten** noch als das „**bessere Deutschland**“ bezeichnet.

In einem **wirtschaftlich offenen Europa** der Europäischen Union mit ihren vier Grundfreiheiten ist das Vorhandensein **komparativer Standortvorteile** gegenüber anderen Ländern der EU von ganz **elementarer Bedeutung. Umso mehr**, wenn es sich dabei um Vorteile gegenüber dem mit **großem Abstand wichtigsten Handelspartner**, nämlich **Deutschland**, handelt.

Gelingt dies, so wie in den Jahren 2000–2006 und auch in den Jahren 2017–2019 (jeweils mit Regierungsbeteiligung der FPÖ), hat die Politik vieles richtig gemacht. Gelingt dies nicht, so wie in den übrigen Jahren seit 2007, hat die Politik vieles falsch gemacht.

Österreichs Wirtschaftspolitik und der **Abstieg** in den letzten Jahren seit 2007 muss anhand eines **Vergleiches mit Ländern** dargestellt werden, mit denen wir uns **messen sollten und müssen**. Demnach müssen wir uns mit **Deutschland** und unserem nicht in der EU befindlichen Nachbarland **Schweiz** und weniger, ohne diesen Ländern zu nahe treten zu wollen, mit Ländern wie Griechenland oder Portugal vergleichen.

Österreichs Abstieg in den **Vergleichsfeldern** Entwicklung der **Staatsschulden**, Entwicklung der **Steuer- und Abgabenquote**, Entwicklung der **Arbeitslosenzahlen**, Entwicklung der internationalen **Wettbewerbsfähigkeit** und Entwicklung der **Innovationsfähigkeit** ist dabei (im negativen Sinn) beachtlich und besorgniserregend.

Wesentlich ist, dass diese Entwicklungen „**hausgemacht**“ und von den jeweiligen österreichischen Bundesregierungen zu verantworten sind, dass das Land als **Wirtschaftsstandort** sich bereits **Ende 2019**, also vor

der Corona-Krise, in einem **Zustand** befunden hat, der **absolut unzufriedenstellend** war, und bereits damals dringender Handlungsbedarf für grundlegende wirtschafts- und standortpolitische Reformen bestand.

DER ZUSTAND ÖSTERREICHS ALS WIRTSCHAFTSSTANDORT VOR CORONA

Zwei Jahrzehnte mangelhafte Standortpolitik bis 2019

Österreich ging leider in den **letzten beiden Jahrzehnten** wirtschafts- und standortpolitisch die meiste Zeit den **falschen Weg**. Es wurde über die Jahre ein Staat geschaffen, der in seinen Kernaufgaben schwach ist, diese nur völlig unzureichend erfüllt, in manchen Bereichen sogar gänzlich versagt. Andererseits wurde über die Jahre auch ein „**Moloch-Staat geschaffen**, der sich überall dort einmischt, wo er eigentlich nicht tätig sein sollte, und höchst ineffektiv und ineffizient agiert.

Wirksame Wirtschafts- und Standortpolitik heißt auch, diese **Entwicklung zu stoppen und umzukehren**. Dabei kann in der Betrachtung des **Zeithorizonts von 2000 bis 2019** grob zwischen **drei „Phasen“** unterschieden werden:

Erstens der Phase der ÖVP/FPÖ-Regierungen **zwischen 2000 und 2006**, wo es Österreich gelang, den großen Bruder Deutschland in vielen Bereichen zu überholen und in manchen Bereichen zum „besseren Deutschland“¹ zu werden.

Zweitens der Phase der SPÖ/ÖVP-Regierungen **zwischen 2006 und 2017**, in der Österreich kontinuierlich zurückfiel² und von vielen Ländern, mit denen wir uns vergleichen sollten, überholt wurde. Dies vor allem deshalb, weil diese Länder Maßnahmen gesetzt

hatten, die in einem „rot-schwarzen“ Dauerstillstand in Österreich eben nicht gesetzt wurden.

Drittens der Phase der ÖVP/FPÖ-Regierung **zwischen 2017 und 2019** mit einer sehr guten Entwicklung hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Zahlen. Diese gute Entwicklung ist einerseits durch manch vernünftige wirtschaftspolitische Initiative begünstigt worden. Andererseits muss man doch sagen, dass wohl eher die sehr gute allgemeine Wirtschaftsentwicklung in diesen beiden Jahren der Hauptgrund für deutliche Senkungen etwa der Staatsschuldenquote war. Notwendige, tiefgreifende strukturelle Reformen sind auch dieser Regierung nicht gelungen, sodass sich der Wirtschaftsstandort **Österreich Ende 2019**, also bereits vor der „Corona-Krise“, in **keinem guten Zustand** befand.

Eine kurze **Analyse der Entwicklung** ausgewählter **volkswirtschaftlicher Steuerungskennzahlen** aus dem Zeitraum 2000 bis 2019 soll dies verdeutlichen. Neben den Zahlen für unsere Republik Österreich sind dabei insbesondere **Vergleiche mit anderen Ländern**, und zwar solchen, mit denen wir uns vergleichen sollten und müssen, **von Interesse**. Methodisch werden dabei die **Entwicklungen** bis zum Zeitpunkt vor dem Ausbruch der Corona-Krise, also im Wesentlichen die Entwicklungen relativ „normaler“ Wirtschaftsjahre **bis Ende 2019**, betrachtet.

Staatsausgaben und Staatseinnahmen - schlechte Budgetdisziplin